

Präsentation der Klage die am High Court of England and Wales eingereicht wurde

**Dieser Vortrag ist keine Rechtsberatung
für Personen/Obligationen der Bundesrepublik bzw. GERMANY**

**Die anwesenden Mitarbeiter von BND, MAD, Verfassungsschutz, LKA,
BKA, INTERPOL und alle anderen Dienste werden vorsorglich auf den
Straftatbestand der Strafvereitelung im Dienst hingewiesen**

Grundsätzliches

- Wenn die Fiktion dem Menschen Schaden zufügt, dann muß die Fiktion der Wahrheit weichen
- Es geht nicht darum schuldig zu sprechen, denn jeder ist so lange unschuldig, bis seine Schuld bewiesen ist
- Das gilt auch für die verklagten Parteien
- Wir wollen uns in unserem Verhalten definitiv von den beklagten Parteien unterscheiden, die uns alle, ohne jede Beweisführung schuldig spricht (Beweislastumkehr)
- Es geht um die Prüfung einer Rechtsauffassung vor einem internationalen Gericht
- Denn dies ist in GERMANY mit den hier ansässigen Schiedsgerichten (Amtsgericht, Landgericht) wegen des Verdachts der Parteilichkeit nicht möglich
- Diese Aktion ist kein Aufruf zum „bürgerlichen Ungehorsam“, sondern die Wahrnehmung unserer Rechte unter Nutzung der natürlichen Person, des tatsächlichen Verfahrensgläubigers
- Die Inhalte sind weltweit anwendbar, aber dies ist nicht unsere Aufgabe
- Wir vertreten einzig und alleine unsere Rechte beim Schutz unserer Werte
- Dieses Recht nehmen wir wahr und werden dabei keinen Millimeter zurückweichen

Verein zur Förderung der zentraleuropäischen Kulturen

- Wir erlauben uns vorab, uns bei dem *Verein zur Förderung der zentraleuropäischen Kulturen* für die bisherige Unterstützung zu bedanken. Wir (die Arbeitsgruppe) bereiten diese Klagen seit fast zwei Jahren vor und haben dies alles bisher aus eigenen Mitteln finanziert
- Der Verein selbst soll den Menschen helfen, sich Ihrer Wurzeln wieder bewußt zu werden
- Der Verein soll den Mitgliedern helfen sich entsprechend zu organisieren, so daß wir unsere kulturellen Wurzeln in Zentraleuropa wieder beleben, bevor diese endgültig ausgelöscht werden
- Der Verein verfolgt **keine** politischen Ziele
- Der Verein verfolgt **keine** kommerziellen Ziele
- Der Verein ist **nicht** gegründet worden, um gegen bzw. für politische und/oder kommerzielle Ziele zu kämpfen oder den Kampf dafür bzw. dagegen zu unterstützen
- Der Verein unterstützt Aktivitäten, die darauf abzielen unsere Kultur zu erhalten, wenn die Liquidität dazu gegeben ist
- **Unsere Rechtskultur IST ein Bestandteil unserer Kultur**
- Wir in Zentraleuropa haben Rechtssysteme ins Leben gerufen, die weltweit Beachtung und Respekt erlangt haben
- Aber diese Werte (Wahrheit, Ehre und Gerechtigkeit) sind anscheinend verloren gegangen
- Deshalb unterstützt der Verein die Arbeit der Kläger/Nebenkläger am High Court of England and Wales
- Ein royales Gericht der früheren Treuhänder (und noch innehabenden Rechte) unserer Werte
- Und deshalb bitten wir um Beitritt zu diesem Verein, der selbst keine wie auch immer geartete Aktivität ausüben wird
- Ich selbst und alle Mitglieder der Arbeitsgruppe **High Court** sind **keine** Mitglied des Vereins, nur Förderer...

Klärung der Sachlage

- Menschen sind im Zusammenhang dieser Klageschrift lebende Wesen
- Alle Menschen sind die Stifter und damit die Gläubiger des fiktiven Wirtschaftssystems
- Die Fiktion ist das, was allgemein als Staat, Firma und Behörden bezeichnet wird. Die Fiktion ist eine Verwaltung. Eine fiktive Ordnung. Sie ist der göttlichen Ordnung untergeordnet
- Die Fiktion dient als Sicherheit, um den bürgerlichen Tod bei Geschäftsabwicklungen zu vermeiden
- Alle Werte werden zentral verwaltet und dienen als Sicherheit für die Abwicklung von Rechtsgeschäften in der Fiktion. Diese Werte nennt man Kollateralwerte und sind individuelle Anspruchsstellungen an tatsächliche materielle Werte, welche von Menschen erschaffen wurden
- Alle Stifter haben das Recht, ihre Kollateralansprüche als Sicherheit für Kredite um diese für ihre geschäftliche Tätigkeit in der Fiktion zu nutzen
- Somit sind die Stifter die alleinigen Verfügungsberechtigten für ihre Kollateralansprüche
- Alle Stifter des Systems sind somit in der Position der Sicherungsgeber der Fiktion
- Alle Stifter sind die Garanten der öffentlichen Kredite
- Jeder Stifter hat einen Rechtsanspruch auf einen Zugang zur Fiktion
- Der Zugang erfolgt über Personen
- Personen sind Obligationen (eine Art Versicherungsschein) für die der Rechtskreis gilt, unter dem sie herausgegeben werden
- Die Herausgabe von Personen/Obligationen erfordert eine Lizenz. GERMANY besitzt eine Lizenz zur Herausgabe von Obligationen, die **juristische Person** genannt werden. Die **juristische Person** ist eine Firma. Die Schreibweise ist: **VORNAME NACHNAME**
- Der Stifter erhält bis heute bei der Herausgabe keine Dokumente/Beschreibungen/Verträge für diese Obligation.
- Der Stifter ist gezwungen, diese regionale Obligation als „Geschäftsführer ohne Auftrag“ zu nutzen

Klärung der Sachlage

- Dieser Tatbestand ist Bestandteil einer weiteren Klage am High Court.
- Die Obligation **juristische Person** wird von GERMANY herausgegeben, damit der Stifter seine Rechtsgeschäfte in der Fiktion GERMANY und bei allen Vertragspartnern von GERMANY versichert abwickeln kann. Denn die nicht prozessfähigen **juristischen Personen** dienen ausschließlich zur Abwicklung von versicherten Geschäften in der Fiktion. Sie sind als Haftungsinstrument nicht geeignet
- Die Nutzungsbedingungen für **juristische Personen** nennt man Gesetze. Diese sollen eine ordnungsgemäße Nutzung der **juristischen Person** versichern
- Der Rechtskreis der **juristischen Person** wird für diese Klage verlassen, da GERMANY und seine beauftragte Justiz nicht für die Obligation **natürliche Person** zuständig sind. Die Klage befindet sich somit außerhalb des Rechtskreises von GERMANY
- Die Obligation **natürliche Person** wird vom Department of the Treasury herausgegeben
- Jeder Stifter hat einen Rechtsanspruch auf eine ihm zugeordnete **natürliche Person**
- Der einzige Verfügungsberechtigte der **natürlichen Person** ist der zugeordnete Stifter
- Der Name wird geschrieben: **Familiennname, Vorname**
- Die klagenden Parteien nutzen zur Klageeinreichung die durch das Department of the Treasury zur Verfügung gestellte Obligation **natürliche Person**
- Diese tritt in die Haftung für diese Klageeinreichung ein
- Für jede weitere Person, die GERMANY nutzt und durch die Bezeichnung „Herr bzw. Frau Vorname Nachname“ identifiziert, gibt es keine Verträge, keine Dokumentation und keine Verfügungsberechtigung durch den Stifter. Auf diese Obligation können GERMANY und seine Verwaltungseinrichtungen zu jedem Zeitpunkt beliebig und willkürlich zugreifen
- Dies ist Bestandteil einer weiteren Klage am High Court
- Die Begriffe Stifter, Konten gläubiger und (Kredit-) Antragstellers sind gleichbedeutend. Dies sind unterschiedliche Begriffe für das gleiche, lebende Wesen. Denn nur diese können Haftungen unter Nutzung der **natürlichen Person** als gate übernehmen

Systematische Täuschung im Rechtsverkehr / Betrug bei Vertragsabschluss durch *BANK* in Zusammenarbeit mit *GERICHT*

Zur Sachlage:

- Die **BANK** befindet sich durch die Lizenz zur Generierung von Liquidität durch Antrag/Auftrag in der Position der stärkeren Partei
- Der Notar sowie die Gerichte befinden sich in der Informationspflicht gegenüber der schwächeren Vertragspartei
- Es besteht eine erweiterte Fürsorgepflicht für die Herausgeberin der Obligation, das ist GERMANY, unter der das Rechtsgeschäft abgewickelt wird
- Der gutgläubige Nutzer der zur Verfügung gestellten Obligation hat ein Recht auf eine ordentliche, dokumentierte Beratung durch die vertragsvermittelnde Partei (Notar). Diese haftet mit ihrer Versicherung für vermittelte, zweifelhafte Rechtsgeschäfte
- Jeder sollte seine Rechtsgeschäfte selbst regeln und die Möglichkeit haben, sich im Zweifelsfalle Unterstützung z.B. in Form eines **unparteiischen** Rechtsanwaltes einholen können
- Diese Möglichkeit wird in der Bundesrepublik durch den Kammerzwang aufgehoben. Jeder Rechtsanwalt ist erpressbar durch die Justiz
- Jeder Stifter, der einen Vertrag zeichnet, ist verantwortlich und haftbar für den geschlossenen Vertrag wenn beim Vertragsabschluss alle Vertragsparteien und alle Rahmenbedingungen aller Parteien offen gelegt werden
- Verträge, bei denen wesentliche Vertragsinhalte nicht offengelegt wurden, sind vom Ursprung an nichtig, insbesondere wenn dies durch die stärkere Vertragspartei erfolgt

Systematische Täuschung im Rechtsverkehr / Betrug bei Vertragsabschluss durch *BANK* in Zusammenarbeit mit *GERICHT*

Gültigkeit eines Vertrages

- wenn beim Vertragsabschluss alle Regeln eingehalten werden
- wenn keine Täuschung im Rechtsverkehr vorliegt, d. h. alle Vertragsgegenstände offengelegt werden.
- wenn die Obligationen/Personen in diesem Vertrag klar zugeordnet sind. D.h. die Aufgaben des Sicherungsgebers und Sicherungsnehmers sind ebenso definiert wie die Position des sog. Kreditnehmers
- Es besteht der Verdacht, dass hier durch den Notar/*GERICHT*/ *BANK* beim Vertragsabschluss unter Täuschungsabsicht eine Person/Obligation eingeführt wird, für die der vertragszeichnende Sicherungsgeber keine Zeichnungs-berechtigung hat
- Es wird offensichtlich bereits beim Abschluss des Vertrages der Vertragsbruch unter Anwendung der ROM II Verordnung vorbereitet. Es besteht der Verdacht der Bildung einer kriminellen Vereinigung zum Steuerbetrug
- wenn die vermittelnden Parteien (*GERICHT*/Notare) als unparteiische Vermittler dieses Rechtsgeschäftes auftreten und den unparteiischen Vermittlern (Notare) keine wirtschaftlichen Vorteile aus dem Vertragsabschluss entstehen

Antrag auf Beweisvorlage:

- Originale des Kreditantrages und Kreditvertrages
- Das Original der Grundschuldbestellungsurkunde
- Das Original der Rechtsbehelfsbelehrung
- Das Original der Widerspruchsbelehrung

Systematische Täuschung im Rechtsverkehr / Betrug bei Vertragsabschluss durch *BANK* in Zusammenarbeit mit *GERICHT*

Anträge zu Punkt 1. :

- Alle Verträge mit ***BANK*** und ***GERICHT***, die unter Täuschung im Rechtsverkehr entstanden sind, sind nichtig und durch den High Court sofort aufzuheben
- Die täuschenden Parteien (***BANK***, ***GERICHT***) sind für alle Schäden in die Haftung zu nehmen
- Die ***BANK*** hat per eidesstattlicher Versicherung offenzulegen, ob sie sich noch im Besitz aller Verträge, Kopien und Urkunden befindet
- Falls dies nicht der Fall ist, hat die ***BANK*** offenzulegen, -- wer die Ansprüche (gegen den Willen der Herausgeber) erworben hat und -- wer die ***BANK*** mit der Beitreibung der behaupteten Vertragsgegenstände des Vollstreckungsmandats (vollstreckbare Grundschuldbestellungsurkunde) autorisiert hat. Offenlegung des Vollstreckungsmandats
- Alle Verfahren von ***GERICHT***, die direkt oder indirekt an Verträge und Anspruchsstellungen der ***BANK*** gegenüber den Kontengläubigern gekoppelt sind, sind so lange auszusetzen, bis die Rechtslage durch den High Court geklärt wurde
- Alle laufenden Verfahren werden durch einstweilige Verfügungen des High Court ausgesetzt, bis der Verdacht der Veruntreuung gegenüber den Kontengläubigern entkräftet oder bestätigt wurde
- Im Falle der Bestätigung durch den High Court hat die ***BANK*** Schadenersatz in einhundertfacher Höhe zugunsten einer gemeinnützigen Kreditopferhilfe zu leisten
- Die Geschädigten verzichten auf einen eigenen Anteil zugunsten der Kreditopfer

Systematischer Missbrauch von nicht definierten Obligationen (Verdacht des Obligationsbetrugs) im Zusammenhang mit Zwangsversteigerungen

Zur Sachlage:

- Die **BANK** befindet sich durch die Lizenz zur Generierung von Liquidität durch Antrag/Auftrag in der Position der stärkeren Partei
- Alle Parteien bzw. Obligationen unter denen Rechtsgeschäfte abgeschlossen werden, müssen eindeutig und nachvollziehbar identifiziert und benannt sein
- Es besteht ansonsten der zusätzliche Verdacht des Versicherungsbetruges
- Beim Vertragsabschluss wird die Bestätigung der **juristischen Person** gefordert (Personalausweis)
- Die Partei, die sich mittels dieses Dokumentes identifiziert (Personalausweis), gibt damit eindeutig zu erkennen, welche Obligation (Versicherung) sie für dieses Rechtsgeschäft einzusetzen gedenkt
- Die **BANK** sowie das **GERICHT** sollen offen legen, warum diese angebotene Obligation dann vertraglich nicht genutzt wurde
- Als (Kreditnehmer-) Partei bei Vertragsabschluss auf dem Vertrag wird jedoch ohne jede Begründung eine Person genannt, für die dem Stifter keine Vertragsunterlagen vorliegen und schon gar keine Verfügungsberechtigung. Es erfolgte bis heute keine Erklärung durch den offensichtlichen Herausgeber dieser Obligation - GERMANY. Es ist nicht nachvollziehbar, warum sich der Sicherungsgeber mittels der Obligation **juristische Person** ausweist, der Vertrag aber unter einer nicht bekannten Obligation abgeschlossen wird. Da das Formular f1069 des IRS sowie das Formular f1099-oid nicht vorgelegt werden, ist keine Prüfung durch den Stifter möglich
- Die Obligation, die von dem sog. Kreditnehmer gezeichnet wird, wird zu keinem Zeitpunkt definiert
- Die Unterschrift unter den Vertrag erfolgt unter Nötigung und Erpressung des Sicherungsgebers. Dieser erhält ohne diese, trotz bereits erfolgter Haftungszusage durch den Kreditantrag, keine Gegenleistung in Form von liquiden Mitteln vom Vertragspartner **BANK**

Systematischer Missbrauch von nicht definierten Obligationen (Verdacht des Obligationsbetrugs) im Zusammenhang mit Zwangsversteigerungen

Anträge zu Punkt 2. :

- Alle Verträge, die unter Obligationsmissbrauch entstanden sind, sind sofort durch den High Court aufzuheben
- Der Herausgeber dieser Obligation (GERMANY) ist für jeden Schaden, der unter gutgläubiger und eventuell aus Unwissenheit resultierender unsachgemäßer Nutzung der Obligation entstanden ist, in der Haftung, denn eine fehlende Dokumentation und Information verpflichtet den Hersteller/Herausgeber der Obligation
- Der Stifter und Geschädigte muss vollumfänglich entschädigt werden
- Alle Verfahren, die direkt oder indirekt an Verträge und Anspruchsstellungen der **BANK** gegenüber den Kontengläubigern gekoppelt sind, sind per einstweiliger Verfügung des High Court so lange auszusetzen, bis die Rechtslage durch den High Court geklärt wurde
- Alle laufenden Verfahren am **GERICHT** werden durch einstweilige Verfügungen des High Court ausgesetzt, bis der Verdacht des Obligationsbetruges entkräftet oder bestätigt wurde
- Im Falle der Bestätigung des Verdachts hat die **BANK** Schadenersatz in einhundertfacher Höhe zugunsten einer gemeinnützigen Organisation zu leisten, welche Familien hilft, die ihr Heim bei einer illegalen Zwangsversteigerung verloren haben
- Die Geschädigten selbst sind mit dem einfachen Wert aus dieser Entschädigung zu bedenken.

Systematische Nötigung und Erpressung zur Beihilfe von Geldwäsche

Zur Sachlage:

- Die **BANK** befindet sich durch die Lizenz zur Generierung von Liquidität durch Antrag/Auftrag in der Position der stärkeren Partei
- Geldwäsche liegt immer dann vor, wenn die Herkunft von Bargeld nicht eindeutig dokumentiert ist. Dies wird i.d.R. bei Drogenhandel, Waffen-handel und Menschenhandel vermutet, in dem zumeist unversteuerte Liquidität in Form von Bargeld unbekannter Herkunft umgesetzt wird
- Wer mit sehr viel Bargeld (> 10.000 €) eine Bank betritt und dies auf das Bankkonto einzuzahlen wünscht, für das er die Verfügungsberechtigung hat, muss die Quelle des Geldes nachweisen
- Wenn der Stifter Einzahlungen großer Bargeldmengen auf ein fremdes Konto vornimmt, so wird automatisch wegen Geldwäsche (öffentliches Interesse) gegen den Einzahlenden ermittelt
- Die Konten, um die es hier geht, befinden sich im Besitz der **BANK**. Der einzahlende Nutzer dieses Kontos hat ausschließlich die Verfügungsberechtigung für Guthaben und/oder zugestandene „Kreditvolumen“
- Die **BANK** hat die ausgleichende Verbindlichkeit u.a. für die Konten dieses Verfahrens und ist haftbar selbst für den Verdacht von Geldwäsche unter Nutzung dieser Konten (Besitzerhaftung)
- Die **BANK** ist verpflichtet, jeden auch nur ansatzweise bestehenden Verdacht von Geldwäsche der zuständigen Behörde zu melden
- Auch für die **BANK** gelten die Basel III und Basel IV Bestimmungen zur Eindämmung von Geldwäsche. Diese Regeln sind auch als Ehrenkodex zu sehen
- Jeder, der also Geld auf ein Konto einzuzahlen wünscht, hat die Regeln zu respektieren, die den Inhabern der Konten **BANK** auferlegt wurden und die wie ein versteckter Anhangsvertrag wirken
- Der verfügungsberechtigte Stifter hat die vertragliche Haftung für das Konto (AGBs). Damit ist er in der Position des Garanten dieses Kontos. Er ist der Haftungsgläubiger und somit in der Position des Verfügungsberechtigten

Systematische Nötigung und Erpressung zur Beihilfe von Geldwäsche

- Wenn die **BANK** nachweist, dass die Liquidität vollumfänglich von Investoren stammt, so befinden sich auch alle Pfändungs-ansprüche bei der liquiditäts-bereitstellenden Partei. Dies muss entsprechend des SOX dokumentiert sein, da es sich bei dieser Form der Liquiditätsbeistellung durchaus auch um eine Bilanzverlängerung des Dienstleisters **BANK** handeln kann
- Jede **BANK** hat die Herkunft der Liquidität nachzuweisen. Dazu ist sie vertraglich verpflichtet
- Jede **BANK** hat das Formular 1096 bei der Eröffnung des Kontos auszufüllen und bei der IRS einzureichen
- Im Falle einer Zwangsversteigerung hat die **BANK** das Formular 1099-A einzureichen
- Im Falle einer Kontenkündigung müsste die **BANK** das Formular 1099-C bei der IRS einreichen. Dies wird i.d.R. nicht getan. Somit verbleibt der Sicherungsgeber in der Position des Kontengläubigers und Haftenden für alle Transaktionen über dieses Konto. Und dies ungeachtet dessen, ob ihm die **BANK** die Verfügungsberechtigung entzogen hat oder nicht
- Der Verfügungsberechtigte hat die Pflicht sicherzustellen, dass unter seiner Haftung keine Liquidität unbekannter Herkunft verbucht wird. Ansonsten würde sich der Stifter an Geldwäsche –wenn auch unwissend – beteiligen
Unwissenheit schützt vor Strafe nicht
- Der Sicherungsgeber (der sog. Kreditnehmer) hat ein Recht auf die Renditen dieses Investments. Dazu wird der **BANK** ein Steuerformular namens f1099-oid zur Verfügung gestellt. Die treuhänderisch verwaltende **BANK** ist für die jährliche Zustellung verantwortlich. Keine Bußgeldzahlung gegenüber Dritten (IRS) entbindet die **BANK** von dieser Verpflichtung
- Der verfügbare Stifter ist gegenüber der Gemeinschaft aller Menschen verpflichtet, dass die ihm zur Verfügung gestellte Liquidität zurückgeführt wird. Im Gegenzug muss die **BANK** das als Sicherheit zur Verfügung gestellte Kollateral (Pfändungsunterwerfung) wieder zurückgeben. Der Vertrag (Obligation) ist die Garantie und gehört dem Stifter. Die **BANK** ist dabei ausschließlich das Gate
- Somit ist die **BANK** zur Rückgabe aller Verträge und Urkunden (Sicherheiten) verpflichtet, die zur Schaffung von Liquidität beigestellt wurden. Die Sicherheit, in Form des vertraglichen Pfändungsrechtes, wird deshalb ausschließlich treuhänderisch von der **BANK** verwaltet. Die Rückgabe erfolgt an den Sicherungsgeber, der gegenüber der Gemeinschaft verpflichtet ist, die Rückgabe der Sicherheiten zu fordern
- Im Gegenzug hat die Bank einen Rechtsanspruch auf eine Abwicklungsgebühr
- Die Bank hat keinen Rechtsanspruch auf Zinsen für Liquidität, die unter der Haftung des Sicherungsgebers generiert wird

Systematische Nötigung und Erpressung zur Beihilfe von Geldwäsche

Anträge zu Punkt 3. :

- Es wird ein Antrag auf Anordnung des High Court für Beweismittelbeistellung durch die **BANK** gestellt
- Es wird in diesem Zusammenhang ein internationales Ermittlungsverfahren durch Interpol wegen Anstiftung zur Geldwäsche gefordert
- Alle Verfahren, die direkt oder indirekt an Verträge und Anspruchsstellungen der **BANK** gegenüber den Konten gläubigern gekoppelt sind, sind so lange auszusetzen, bis die Rechtslage per Beschluss durch den High Court geklärt wurde
- Alle laufenden Verfahren werden durch einstweilige Verfügungen des High Court ausgesetzt, bis der Verdacht der Geldwäsche entkräftet oder bestätigt wurde
- Im Falle der Bestätigung hat die **BANK** Schadenersatz in einhundertfacher Höhe zugunsten einer gemeinnützigen Hilfsorganisation zur Bekämpfung von Kinderhandel zu leisten
- Die Geschädigten verzichten auf einen eigenen Anteil zugunsten der Hilfsorganisation

Systematische Nötigung und Erpressung zur Beihilfe von Steuerbetrug

Zur Sachlage:

- Die **BANK** befindet sich durch die Lizenz zur Generierung von Liquidität durch Antrag/Auftrag in der Position der stärkeren Partei
- Die **BANK** ist der Inhaber der Konten, um die es in diesem Verfahren geht und hat die ausgleichende Verbindlichkeit (Haftung für Bilanzierung)
- Die **BANK** hat bei Eröffnung des Kontos das Formular 1096 auszufüllen und bei der IRS einzureichen
- Im Falle einer Zwangsversteigerung hat die **BANK** das Formular 1099-A einzureichen
- Im Falle einer Kontenkündigung müsste die **BANK** das Formular 1099-C bei der IRS einreichen
- Dies wird durch die Kläger bezweifelt. Somit verbleibt der Sicherungsgeber in der Position des Kontengläubigers und Haftenden für alle Transaktionen über dieses Konto. Und dies ungeachtet dessen, ob ihm die **BANK** die Verfügungsberechtigung entzogen hat oder nicht
- Kreditverträge werden bis zu neunmal kopiert und neunmal als Haftungszusage des (Kredit-) Antragstellers verwendet. Dies ist übliche Bankenpraxis. Es wird davon ausgegangen, dass dies durch die **BANK** erfolgte
- Der Stifter ist der Verfügungsberechtigte des Kontos, das ihm die Bank unter der Haftung des Stifters als Sicherungsgeber zu Verfügung stellt
- Der Stifter und Kontengläubiger (Sicherungsgeber) hat die Pflicht sicherzustellen, dass unter seiner Haftung keine Liquidität unbekannter Herkunft verbucht wird, auch wenn er nicht mehr der Verfügungsberechtigte über dieses Konto ist
- Liquidität entsteht durch die Verbuchung von Kollateralansprüchen des (Kredit-)Antragstellers in der doppelten Buchführung. Dazu wird der „asset-Anspruch“ des (Kredit-)Antragstellers (Liquidität zweiten Grades) auf die Passiva Seite des Kontos der **BANK** gebucht. Diese kann dann auf der Aktiva Seite dieses Kontos Liquidität generieren
- D.h. die Liquidität entsteht unter der Haftung des (Kredit-)Antragstellers. Somit ist der (Kredit-)Antragstellers in der Position des Sicherungsgebers jedes Kredites. Wenn nun Liquidität zum Ausgleich sog. Kredite verwendet wird, so ist dies Steuer-betrug, wenn diese Liquidität nicht an die Zentralverwaltung der Kollateralwerte (Department of the Treasury) abgeführt wird und damit die Kollateralwerte der Menschengemeinschaft wieder von der individuellen Haftung befreit werden

Systematische Nötigung und Erpressung zur Beihilfe von Steuerbetrug

- Somit ist die Duldung der Buchungspraxis der **BANK** Beihilfe zum Steuerbetrug durch den Sicherungsgeber dieses Kontos
- Diese Buchungen können nur in einer Bilanz über alle drei Kontenbestandteile geprüft werden. Die Bank stellt aber ausschließlich die Aktiva-Seite in Form von Kontoauszügen (es ist eben nur ein Auszug des Kontos, nicht das ganze Konto) zur Verfügung
- Die Bilanz über alle Konten nennt man trial balance
- Die Erstellung der trial balance durch ein Rechenzentrum kostet zwischen 250 USD und 500 USD
- Bei Entzug der Verfügungsberechtigung und Fällig-Stellung des Kontos müsste eine Bilanz als Beweis der Schuld erstellt werden
- Jeder ist so lange unschuldig, bis seine Schuld bewiesen ist
- Der Beweis einer Geld- bzw. Kontenschuld ist die Bilanz des Kontos. Die Anforderung dieser Bilanz wird durch die **BANK** systematisch ignoriert bzw. verweigert
- Damit begeht die **BANK** eine Beweislastumkehr zu Lasten der schwächeren Partei
- Das **GERICHT** schützt diese Praxis der Beweislastumkehr und stellt sich wie ein Komplize auf die Seite der **BANK**
- Es bleibt allerdings zu klären, unter welcher Obligation der Vertrag abgeschlossen wurde. Denn diese Obligation wurde bei den **BANK**-Verträgen ebenso wenig definiert wie bei den Vertragsabschlüssen beim Notar
- Damit werden die Kontengläubiger und Sicherungsgeber mangels Informationen gezwungen, Steuerbetrug durch die **BANK** zu akzeptieren und Beihilfe zu leisten
- Die Kontengläubiger werden zu keinem Zeitpunkt über die tatsächlichen Verhältnisse des Kontos informiert, für das sie die Haftung haben
- Das **GERICHT** handelt wider besseren Wissens
- Das **GERICHT** wurde ausgiebig über diese Situation informiert
- Das **GERICHT** befindet sich in der Komplizenschaft für Steuerbetrug

Systematische Nötigung und Erpressung zur Beihilfe von Steuerbetrug

Anträge zu Punkt 4. :

- Es wird ein Antrag auf Anordnung des High Court für Beweismittelbeistellung gestellt
- Es wird eine eidesstattliche Versicherung der **BANK** bezüglich der Menge an Kopien der Kreditverträge eingefordert
- Die **BANK** hat die trial balance für alle betroffenen Konten vorzulegen. Für die Kosten zur Erstellung liegt der **BANK** bereits eine Deckungszusage der Kläger vor
- Die trial balance wird durch ein internationales Buchprüfungsunternehmen im Auftrag der IRS auf Steuerbetrug unter Missbrauch des Nebenkontos geprüft
- Alle Fälligkeiten der Konten werden sofort aufgehoben, bis eine Prüfung unter der Jurisdiktion des High Court erfolgt ist
- Die Kontengläubiger werden im Gegenzug dazu verpflichtet, alle tatsächlich durch ein Buchprüfungsunternehmen nachgewiesenen Fehlbestände des Kontos auszugleichen
- Alle Verfahren, die direkt oder indirekt an Verträge und Anspruchsstellungen der **BANK** gegenüber den Kontengläubigern gekoppelt sind, sind so lange auszusetzen, bis die Rechtslage durch den High Court geklärt wurde
- Alle laufenden Verfahren werden durch einstweilige Verfügungen des High Court ausgesetzt, bis der Verdacht des Steuerbetruges entkräftet oder bestätigt wurde
- Im Falle der Bestätigung hat die **BANK** Schadenersatz in einhundertfacher Höhe zugunsten einer gemeinnützigen Kreditopferhilfe zu leisten
- Die Geschädigten selbst sind mit dem einfachen Wert aus dem einhundertfachen Schadenersatz abzugleichen

Systematische Anwendung von Weißer Folter zur Erzwingung totaler Unterordnung der Garanten der öffentlichen Kredite

Vorab:

Es geht nicht um die Wahrheit, sondern um die offensichtliche Durchsetzung einer reinen Rechtsauffassung einzelner sog. Richter. Das hat mit der behaupteten rechtsstaatlichen Justiz nicht zu tun

- Weiße Folter: Erniedrigendes und entwürdigendes Verhalten zur Erzwingung totaler Unterordnung (Definition nach Amnesty International)
- Alle unter 1. – 4. geschilderten Vorgänge werden unter sog. staatlicher Gewalt durchgesetzt
- Wenn GERMANY tatsächlich ein Staat wäre, so ist nicht nachvollziehbar, warum betriebswirtschaftliche Gründe gegenüber humanitären Gründen priorisiert werden. Warum also bei sog. Gerichtsverfahren und Gerichtsurteilen die Strukturelevanz, insbesondere bei richterlichen Entscheidungen bezüglich Banken im Allgemeinen, im Vordergrund steht
- Und wer ist verpflichtet, die Stifter/Treugeber/Gläubiger in dem durch die UN garantierten Kartellgebiet GERMANY über die rechtliche und kommerzielle Situation zu informieren? GERMANY selbst scheint es nicht zu sein. Denn es erfolgt keine Information, sondern ausschließlich die Anwendung von behaupteter Staatsgewalt aus niederen Beweggründen ... nur wegen Profiten

Systematische Anwendung von Weißer Folter zur Erzwingung totaler Unterordnung der Garanten der öffentlichen Kredite

Zur Sachlage:

- Die Stifter und Obligationsinhaber **natürliche Person** dieser Klageeinreichung beklagen in diesem Abschnitt die Tatsache, dass GERMANY **ausschließlich** die rein wirtschaftlichen Interessen der Drittpartei **BANK** durchsetzt
- GERMANY nimmt eine parteiische Position in den oben genannten Verfahren ein, da den Klägern kein rechtliches Gehör gewährt wird
- Die Stifter und Obligationsinhaber **natürliche Person** dieser Klageeinreichung beklagen die Tatsache, dass GERMANY bei der Durchsetzung der wirtschaftlichen Interessen der Drittpartei **BANK** offensichtlich und entsprechend von Vorschriften gezielt Weiße Folter mit Hilfe von **GERICHT** einsetzt
- Es bestehen erhebliche Zweifel an der Treue von GERMANY in diesem Verhältnis, welches nach Treu und Glauben eingegangen wurde.
- **BANK** beging und begeht Nötigung und Erpressung zur Beihilfe von Steuerbetrug unter der Haftung der Stifter. GERMANY und **GERICHT** greifen trotz Wissen nicht ein. Siehe Punkt 4. Dem Kläger wird kein rechtliches Gehör gewährt
- **BANK** beging und begeht Nötigung und Erpressung zur Beihilfe von Geldwäsche unter der Haftung der Stifter. GERMANY und **GERICHT** greifen trotz Wissen nicht ein. Siehe Punkt 3. Dem Kläger wird kein rechtliches Gehör gewährt
- **BANK** beging und begeht Obligationsbetrug und Treuhandbruch unter der Haftung der Stifter. GERMANY und **GERICHT** greifen trotz Wissen nicht ein. Siehe Punkt 2. Dem Kläger wird kein rechtliches Gehör gewährt
- **GERICHT** selbst beging und begeht Betrug unter der Haftung der Stifter zugunsten der Drittpartei **BANK**. Siehe Punkt 1. Dem Kläger wird kein rechtliches Gehör gewährt
- Es wird zu keinem Zeitpunkt weder auf private Anfragen noch auf öffentliche Anfragen geantwortet
- Es erfolgen keine Erklärungen, weder auf die direkten Anfragen der Stifter noch auf dienstliche Anfragen des OITC
- Anstelle dessen droht GERMANY mit Existenzvernichtung und Inhaftierung des Körpers ohne jede Begründungen aus niederen Beweggründen (Profite)
- Der Lizenznehmer des Department of the Treasury (GERMANY) fordert also von den Garanten der öffentlichen Kredite und Vertragspartnern des Department of the Treasury bedingungslos physische und psychische Unterordnung unter Anwendung von physischer und psychischer Gewalt

Systematische Anwendung von Weißer Folter zur Erzwingung totaler Unterordnung der Garanten der öffentlichen Kredite

- Dies ist Weiße Folter zur Durchsetzung von rein wirtschaftlichen Interessen
- Die Vorgangsweise der Nutzung von Foltermethoden zur Durchsetzung rein wirtschaftlicher Interessen ist sogar durch ein streng vertrauliches Bankendokument, das dem Kläger zugespielt wurde, dokumentiert

Anträge zu Punkt 5. :

- Es wird ein Antrag auf Vorladung eines Vertreters des Department of the Treasury gestellt
- Es wird ein Antrag auf Vorlage der Verträge gestellt, die GERMANY autorisiert Obligationen herauszugeben, die zur Anwendung von Weißer Folter autorisieren
- Es wird ein Antrag auf Vorlage der Verträge gestellt, die GERMANY autorisiert Obligationen herauszugeben, die zur Beschlagnahme von Körpern (sog. Haftbefehle) wegen behaupteten Schulden autorisieren
- Alle Verfahren, die direkt oder indirekt an Verträge und Anspruchsstellungen der **BANK** gegenüber den Kontengläubigern gekoppelt sind, sind so lange auszusetzen, bis die Rechtslage durch den High Court geklärt wurde
- Alle laufenden Verfahren werden durch einstweilige Verfügungen des High Court ausgesetzt, bis der Verdacht der vorsätzlichen Anwendung von Weißer Folter entkräftet oder bestätigt wurde
- Im Falle der Bestätigung der Anklage durch den High Court hat GERMANY einen angemessenen Schadenersatz zugunsten einer gemeinnützigen Justizopferhilfe zu leisten
- Die Geschädigten selbst verzichten zugunsten der gemeinnützigen Justizopferhilfe auf eine eigene, individuelle Entschädigung